

Humboldt-Universität zu Berlin  
Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft

Berliner Handreichungen  
zur Bibliotheks- und  
Informationswissenschaft

Heft 218

**„Radical Militant Librarians“**

**Die American Library Association und der U.S.A.  
PATRIOT Act**

von  
Michael Ladisch



**“Radical Militant Librarians”**

**Die American Library Association und der U.S.A.  
PATRIOT Act**

**von  
Michael Ladisch**

---

Berliner Handreichungen zur  
Bibliotheks- und Informationswissenschaft

Begründet von Peter Zahn  
Herausgegeben von  
Konrad Umlauf  
Humboldt-Universität zu Berlin

Heft 218

**Ladisch, Michael**

“Radical Militant Librarians” : Die American Library Association und der U.S.A. PATRIOT Act / von Michael Ladisch. - Berlin : Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin, 2007. - 53 S. - (Berliner Handreichungen zur Bibliotheks- und Informationswissenschaft ; 218)

ISSN 14 38-76 62

Abstract:

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Aktivitäten der American Library Association (ALA) in Bezug auf den U.S.A. PATRIOT Act. Dabei wird dieses Gesetz hinsichtlich seiner Konsequenzen auf Bibliotheken beleuchtet. Es wird ein Blick in die Geschichte der ALA geworfen und es wird an einem konkreten Fall (Doe vs. Gonzales) gezeigt, wie sich die ALA als Organisation gegen bestimmte Paragraphen des PATRIOT Act und damit gegen die Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte zur Wehr setzt. Des weiteren werden auch kritische Stimmen aus Bibliothekskreisen zur Arbeit der ALA zitiert.

Diese Veröffentlichung geht zurück auf eine Master-Arbeit im postgradualen Fernstudiengang Master of Arts (Library and Information Science) an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Online-Version: <http://www.ib.hu-berlin.de/~ladisch/handreichungen/h218/>

## **INHALT**

<b>1. EINLEITUNG</b>	<b>8</b>
<b>2. DER USA PATRIOT ACT</b>	<b>10</b>
<b>3. DIE AMERICAN LIBRARY ASSOCIATION UND DER SCHUTZ VON PERSÖNLICHEN DATEN IN DER VERGANGENHEIT</b>	<b>16</b>
<b>4. DIE AMERICAN LIBRARY ASSOCIATION UND DER USA PATRIOT ACT</b>	<b>21</b>
<b>5. DOE V. GONZALES</b>	<b>35</b>
<b>6. „THE CONSERVATIVE LIBRARIAN“</b>	<b>42</b>
<b>ANHÄNGE</b>	<b>48</b>
<b>LITERATURVERZEICHNIS</b>	<b>49</b>

## **Erklärung**

In deutschen Bibliotheken arbeiten Bibliothekarinnen und Bibliothekare, in amerikanischen Einrichtungen sind alle „Librarians“.

Der leichten Lesbarkeit wegen habe ich mich entschlossen, „Librarian“ mit „Bibliothekar“ zu übersetzen.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass ich damit sowohl weibliche als auch männliche Personen meine.

„While radical militant librarians kick us around – true terrorists benefit ...”

F.B.I. Memo vom 20. Oktober 2003<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Veröffentlicht auf der Webseite von National Public Radio  
[http://www.npr.org/programs/morning/features/2005/dec/fisa/ogc\\_email.pdf](http://www.npr.org/programs/morning/features/2005/dec/fisa/ogc_email.pdf) (zuletzt aufgerufen  
17.6.2007)

## 1. Einleitung

In den USA spielen Bibliotheken eine wichtige Rolle, sie gelten als „Eckstein“ der Gemeinschaften, denen sie dienen.

Das Dokument der American Library Association, *Libraries: An American Value*<sup>2</sup>, stellt fest, dass

„Free access to the books, ideas, resources, and information in America’s libraries is imperative for education, employment, enjoyment, and self-government.“

Dies wird auch von einer breiten Masse der Bevölkerung so gesehen. Die öffentliche Bibliothek, die Schulbibliothek oder die Bibliothek einer wissenschaftlichen Einrichtung sind wichtiger Bestandteil des intellektuellen Lebens in denen die Vielfalt der Ideen und Meinungen aufbewahrt und zugänglich gemacht wird. Sie stellen für viele Menschen mit den unterschiedlichsten politischen oder religiösen Ansichten einen Ort dar, an dem man sich informieren, lernen oder auch einfach unterhalten kann.

Mit der Übernahme der Bundesregierung durch konservativste Kräfte im Jahre 2001 geriet diese Offenheit in Gefahr. Die Anschläge des 11. September 2001 lieferten der Bush-Regierung einen Grund, lang gehegte Pläne zur möglichst umfassenden Überwachung umzusetzen. Der USA PATRIOT Act, in aller Schnelle zusammengestellt und beschlossen, hat weit reichende Konsequenzen für die Bürger der USA.

Die American Library Association wurde bereits kurz nach der Verabschiedung des Gesetzes aufmerksam und sorgte sich um Paragraphen, die das Klima der Offenheit in Bibliotheken gefährden könnten.

Sie begann aktiv zu werden, in den Medien aufzutreten, die Nutzer der Bibliotheken aufmerksam zu machen, so dass sie ganz schnell eine der führenden Organisationen im Kampf um bürgerliche Freiheitsrechte wurde. Als mitgliederstarke Vereinigung

---

<sup>2</sup> <http://www.ala.org/ala/oif/statementspols/americanvalue/librariesamerican.htm> (zuletzt aufgerufen 17.6.2007)



verschaffte sie sich überall Gehör und brachte auch außerhalb der Bibliotheksgemeinschaft die Problematik des PATRIOT Act ins Bewusstsein. Dies war und ist so effektiv, dass sich FBI Mitarbeiter in einem internen Memo darüber beschwerten, dass „... radical, militant librarians ...“ ihnen die Arbeit erschweren.

Die Aktivitäten dieser „radikalen, militanten Bibliothekare“ in Bezug auf den USA PATRIOT Act sollen Gegenstand dieser Arbeit sein.

## 2. Der USA PATRIOT Act

Die Anschläge vom 11. September 2001 haben in den USA viel verändert. Es wurden in deren Folge verschiedenste Gesetze verabschiedet, neue Regelungen eingeführt, Bestimmungen geändert, die alle der Verhinderung zukünftiger Anschläge dienen sollen.

Einige dieser Änderungen erschienen durchaus sinnvoll, andere Änderungen erweckten eher den Anschein von Aktionismus.

Eines dieser Gesetze stellt der **Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism Act of 2001** (= USA PATRIOT Act) dar, der von Präsident Bush am 26.10.2001 unterzeichnet wurde und am selben Tag in Kraft trat.

### *Chronologie*

Nach dem Ereignissen des 11. September wollten sowohl die Regierung als auch Repräsentantenhaus und Senat alles tun, um weitere Anschläge zu verhindern. Es wurden deshalb in aller Eile Maßnahmen zusammengestellt, die als sinnvoll für eine weitere Terrorbekämpfung angesehen wurden. Dies geschah in so großer Eile, dass sich kaum jemand die Zeit nahm, die von den Sicherheitsorganen eingebrachten Vorschläge in aller Ruhe auf mögliche Konsequenzen zu prüfen, ja es fehlte den Abgeordneten im Grunde auch die Zeit, dies zu tun. Die Gesetzesvorlage für den PATRIOT Act wurde am 23.10.2001 in das Repräsentantenhaus eingebracht, am 24.10.2001 erfolgte bereits die Abstimmung über das 345 Seiten lange Dokument. Es wurde mit 357-66 Stimmen angenommen. Den Senat passierte die Vorlage mit 99-1 Stimmen am 25.10.2001.

Als Außenstehender ist man erstaunt, wie es möglich war, ein so umfassendes Gesetz, das mehrere bisher bestehende ergänzt und erweitert, in so kurzer Zeit zu verabschieden und auch viele Amerikaner fragen sich das im Nachhinein. Zum einen stand Amerika unter dem Schock der Ereignisse des 11. September, Parlamentarier sahen sich in einer Rolle die Aktion verlangte, jeder wollte irgendetwas tun. Zum anderen drängte die Bush Regierung darauf, das Gesetz

schnellstmöglich und ohne Abstriche zu verabschieden. Versuche einiger Kongressmitglieder, die Gesetzesvorlage ausführlicher bzw. überhaupt zu diskutieren und auf ihre möglichen Auswirkungen hin unter die Lupe zu nehmen, wurden abgeschmettert, jegliche vorsichtige Kritik wurde von der Regierung als „unpatriotisch“ verworfen. Dazu kam, dass beide Häuser des Kongresses über eine republikanische Mehrheit verfügten, die sich in den ersten Jahren der Bush Regierung nur allzu oft als Erfüllungsgehilfen der Regierung sah.

Parlamentarier, die an der Abstimmung teilnahmen, kritisierten den Prozess der Gesetzgebung später, leider ohne daraus Konsequenzen zu ziehen. So nannte z.B. der einzige Repräsentant Alaskas, der Republikaner Don Young, den PATRIOT Act „the worst piece of legislation we’ve ever passed.“<sup>3</sup>

Nachdem sowohl Abgeordneten als auch der Öffentlichkeit langsam klar wurde, wie sehr der PATRIOT Act die bürgerlichen Freiheitsrechte untergräbt und einschränkt, regte sich Widerstand. Dieser kam natürlich vor allem von Organisationen, die sich generell für die Bewahrung dieser Rechte einsetzen, etwa die American Civil Liberties Union (ACLU), aber genauso von Berufs- oder Wirtschaftsverbänden, die vom PATRIOT Act unmittelbar betroffen waren (und sind). Internetprovider und Anwälte, die besorgt über ihre Kunden- und Klientendaten waren, meldeten sich zu Wort. Und eben auch die American Library Association, wie wir weiter unten noch ausführlicher sehen werden.

Auch 8 Bundesstaaten (darunter so konservative wie Alaska, Idaho oder Montana) und 396 Städte und Counties verabschiedeten Resolutionen, die den PATRIOT Act für seine Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte verurteilten. Einige Städte gingen gar soweit, ihren Angestellten zu verbieten, bei Verfahren unter dem PATRIOT Act mit den Bundesbehörden zusammenzuarbeiten. Diese Verfügungen haben allerdings eher symbolischen Charakter, da der PATRIOT Act als Bundesgesetz ausdrücklich das Recht der einzelnen Bundesstaaten oder Kommunen überschreibt.

---

<sup>3</sup> National Public Radio, Talk of Alaska, 11.2.2003

Im Februar 2003 wurde dem Center for Public Integrity ein anonymes Manuskript zugespielt, dass unter dem Titel *Domestic Security Extension Act (DSEA)* Ergänzungen zum PATRIOT Act vorschlug, die eine weitere Verschärfung desselben bedeutet hätten. Dank dieser Veröffentlichung wurde massiver Widerstand gegen diese Vorlage laut, da das vorgeschlagene Gesetz alles bisher Gesehene übertroffen hätte<sup>4</sup>. Nicht nur ohnehin aktive Bürgerrechtsorganisationen machten mobil sondern auch Verbände, die eher als der Bush-Regierung freundlich gesinnt gelten, legten Beschwerde ein, wie z.B. die National Rifle Association (NRA), der Verband der Waffenbesitzer<sup>5</sup>. Auf Grund der Proteste wurde diese Vorlage, die auch PATRIOT II genannt wurde, nie im Kongress zur Vorlage gebracht.

Viele Paragraphen des ursprünglichen PATRIOT Act hatten eine so genannte „Sunset“-Klausel, das heißt, sie waren bis zum 31. Dezember 2005 begrenzt. Das ließ Kritiker der verschiedensten Bestimmungen des PATRIOT Acts hoffen, entweder Teile desselben ganz auslaufen zu lassen oder zumindest Einschränkungen zum Schutz der bürgerlichen Freiheitsrechte einzubauen.

Im Sommer vor dem Auslaufen des PATRIOT Act wurde deshalb sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Kongress auf beiden Seiten des politischen Spektrums vehement für Änderungen bzw. für die Verlängerung des PATRIOT Act ohne Abstriche und Auslaufdatum gekämpft.

Da man sich sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus nicht auf eine gemeinsame Neufassung einigen konnte, wurde am 22. Dezember 2005 der alte PATRIOT Act bis zum 3. Februar 2006 verlängert, dann noch einmal bis zum 10. März.

Schließlich wurden umstrittene Passagen so geändert, dass eine Mehrheit in beiden Häusern zusammenkam und die Erneuerung des Gesetzes am 2. bzw. 7. März verabschiedet werden konnte. Präsident Bush unterzeichnete die Neufassung des PATRIOT Act am 9. März 2006.

---

<sup>4</sup> Unter anderem wurde vorgeschlagen, eine Sammlung von allen erreichbaren Daten über US Bürger anzulegen, einschließlich DNA-Proben, Bank-, Arzt-, Geschäfts- oder arbeitsplatzbezogener Daten.

<sup>5</sup> Die NRA konnte erreichen, dass persönlichen Daten beim Waffenkauf weiterhin nur 24 Stunden gespeichert und dann unwiederbringlich gelöscht werden, was dem Betrachter aus Deutschland merkwürdig vorkommt, da der „Krieg gegen der Terror“ sonst allumfassend ist. Allerdings ist das Recht zum Tragen einer Waffe auch im Zweiten Zusatz zur Verfassung festgeschrieben.

Nach der offiziellen Zeremonie unterschrieb er allerdings noch ein so genanntes „Signing Statement“, ein Präsidenten-Privileg, in dem er sich quasi selbst erlaubt, sich nicht an das Gesetz halten zu müssen.

### *Der USA PATRIOT Act und seine Relevanz für Bibliotheken*

Was beinhaltet der PATRIOT Act nun? Worin unterscheidet sich die Neufassung von 2006 von der ursprünglichen? Ich will mich hierbei auf die bibliotheksrelevanten Paragraphen beschränken, denn eine Analyse des gesamten PATRIOT Act würde den Rahmen dieser Arbeit weit überschreiten.

Für Bibliotheken sind besonders zwei Paragraphen der PATRIOT Act relevant.

Zunächst ist das Paragraph 215 „Access to Records and Other Items Under the Foreign Intelligence Surveillance Act“.

Dieser Paragraph wurde vor der Erneuerung des PATRIOT Act am kontroversesten diskutiert, denn er erlaubte in der alten Fassung dem Federal Bureau of Investigation (FBI) eine Durchsuchungs- bzw. Beschlagnahmeerlaubnis von einem nicht öffentlich tagenden Gericht, welches unter dem Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA) agiert, zu erhalten, wenn es vom FBI als notwendig bei der Untersuchung terroristischer oder Spionageaktivitäten angesehen wird. Dies ist so weit und vage gefasst, dass es dem FBI praktisch erlaubt, jegliche Durchsuchung oder Beschlagnahme zu rechtfertigen. Das FBI kann laut PATRIOT Act „any tangible things (including books, records, papers, documents, and other items)<sup>6</sup>“ beschlagnahmen. Ausleihdaten von Bibliotheksnutzern sind nicht ausdrücklich genannt, aber da *nichts* ausgeschlossen wird, fallen diese rechtlich gesehen mit darunter.

Hinzu kommt, dass der zuständige Richter dem FBI diese Genehmigungen nicht verweigern darf.

Heftig kritisiert wurde auch, dass eine Einrichtung, welche auf Grund dieses Paragraphen Besuch vom FBI erhält, Stillschweigen darüber bewahren muss. Auf diese Weise ist für die Öffentlichkeit niemals nachzuvollziehen, wie oft, wo und bei wem dieser Paragraph angewandt wurde.

---

<sup>6</sup> USA PATRIOT Act <http://www.epic.org/privacy/terrorism/hr3162.html> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

In der Neufassung des Gesetzes wurden dann so genannte „Safeguards“ eingebaut, die den kleinsten gemeinsamen Nenner im Kongress darstellten, um die Erneuerung des PATRIOT Acts überhaupt zu ermöglichen.

Nicht nur demokratische sondern auch republikanische Abgeordnete fanden, dass einige Paragraphen im PATRIOT Act zu weit gehen und nach einigem Hin und Her einigte man sich schließlich auf Kompromisse. Diese Änderungen bezogen sich hauptsächlich auf Paragraph 215, den „Bibliotheksparagraphen“, welche vor allem dank des Engagements der American Library Association zustande kamen.

So kann ein Richter nun z.B. einen Beschlagnahmegenehmigung verweigern, eine unter Paragraph 215 gemachte Anordnung kann vor Gericht angefochten werden, dem Empfänger einer solchen Anordnung ist es erlaubt, einen Anwalt zu konsultieren und das Justizministerium ist verpflichtet, jährlich der Öffentlichkeit zu berichten, wie oft dieser Paragraph angewandt wurde.

Diese Erfolge komplizierten allerdings die Lage der American Civil Liberties Union (ACLU), wie die Nachrichtenagentur Bloomberg berichtete. Tim Edgar von der ACLU sagte, Bibliotheken wären so populär und ihre Botschaft so effektiv, dass er sich Sorgen mache, der Kongress würde „... fix the library provision and leave all other records unprotected.“<sup>7</sup> Was im Großen und Ganzen ja auch so eingetreten ist.

Ein weiterer Paragraph des PATRIOT Act, der Bibliotheken unmittelbar betreffen kann, ist Section 505. Hierin wird der Gebrauch von so genannten National Security Letters (NSL) durch das FBI erleichtert. National Security Letters sind Anordnungen, bestimmte Objekte oder Daten zu übergeben und werden nicht von einem Richter sondern vom FBI selbst ausgestellt. Dies muss nun nicht mehr wie in der Vergangenheit von höchster Stelle innerhalb des FBI genehmigt werden, sondern kann bereits in einem Bezirksbüro geschehen. Relevant kann dies für Bibliotheken sein, weil das FBI in bestimmten Fällen die Anwendung von NSL bevorzugt, in diesem Fall nicht unter dem PATRIOT Act handelt.

National Security Letters sind ebenfalls mit einer „Gag Order“ versehen, einer Art Maulkorberlass, die dem Empfänger desselben unter Strafe verbietet über den Erhalt eines NSL zu sprechen.

---

<sup>7</sup> Arnold (2005)

In dem Prozess John Doe vs. Ashcroft, von dem weiter unten noch ausführlicher die Rede sein wird, ging es vor allem um die Anwendung eines National Security Letters verbunden mit dem Redeverbot, das von den klagenden Bibliothekaren als Eingriff in das verfassungsmäßige Recht auf Redefreiheit verstanden wurde.

Das Justizministerium hat immer geleugnet, dass die fraglichen Paragraphen des PATRIOT Act je in Bibliotheken Anwendung fanden. Der frühere Justizminister Ashcroft nannte die Sorge der Bibliothekare gar „hysterisch“<sup>8</sup>.

Doch eine anonyme Umfrage in 1,500 Bibliotheken, durchgeführt im Oktober 2002 von Leigh S. Estabrook vom Library Research Center der University of Illinois Urbana-Champaign, ergab, dass immerhin 219 Bibliotheken auf Anfragen des FBI oder anderer Behörden Auskunft gaben, weitere 225 taten dies nicht.<sup>9</sup>

Die Neufassung des PATRIOT Act nimmt Bibliotheken ausdrücklich als Empfänger von NSL aus – wenn die Bibliothek innerhalb ihrer traditionellen Rolle arbeitet. Sie sind nicht ausgenommen, wenn sie als „electronic communication service provider“ auftreten. Dieser Passus führte zunächst zu Irritationen, da es ja heutzutage kaum noch eine Bibliothek gibt, die ihren Nutzern nicht öffentlichen Zugang zum Internet und damit auch E-Mail bietet. In einem Kolloquium im Februar 2006 erklärten zwar zwei Senatoren, dass der Gedanke bei der Verabschiedung des Gesetzes war, Bibliotheken nicht als „communication service provider“ anzusehen. Bibliotheken und die ALA sehen dies aber mit viel Misstrauen.

Auch die Gag Order, das Redeverbot für Bibliotheken, die vom FBI aufgesucht wurden, kann der Neufassung nach angefochten werden - es sei denn die Aufhebung des Verbots würde die „nationale Sicherheit gefährden“. Wiederum viel Spielraum für das FBI.

---

<sup>8</sup> Lichtblau (2003)

<sup>9</sup> Estabrook (2002)

### **3. Die American Library Association und der Schutz von persönlichen Daten in der Vergangenheit**

Die American Library Association tritt schon seit langem für das Recht auf Schutz von persönlichen Daten ein. Allerdings war das nicht immer so.

Seit Bestehen der ALA (gegründet 1876) gab es immer wieder Krisenzeiten, in denen sich Bibliothekare zwischen ihrer Rolle als Bewacher des öffentlichen Wohlbefindens und als Verteidiger intellektueller Freiheit entscheiden mussten.

#### *Erster Weltkrieg*

In der Zeit des Ersten Weltkrieges stellten Bibliotheken eine relativ unbedeutende Einrichtung innerhalb der Gesellschaft dar<sup>10</sup>. Der Krieg war willkommener Anlass, sich zu positionieren, Patriotismus zu zeigen und damit die Bibliothek und die Bibliothekare ins öffentliche Bewusstsein zu bringen.

So wurden z.B. Buchspendeaktionen für das Militär durchgeführt, bei denen annähernd 10 Millionen Bände gesammelt wurden.

Doch es kam auch zu restriktiven Maßnahmen in den Bibliotheken, was den Zugang zu Literatur anbelangte. Im Sedition Act von 1918 beispielsweise wurde jegliche Kritik an der US Regierung, in welcher Form auch immer, für illegal erklärt, ein krasse Einschränkung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung, was dazu führte, dass kritische Schriften nicht mehr in Bibliotheken aufgestellt wurden.

Das Militär ging sogar soweit, Bibliothekare aufzufordern, Bücher mit sensiblen Inhalt (z.B. über Sprengstoffe) aus den Regalen zu entfernen und Leser, welche an diesen Büchern interessiert waren, anzuzeigen.

Bibliotheks-Kommissionen im ganzen Land schlugen die Entfernung und gesonderte Aufstellung von deutschsprachigen Titeln oder solchen mit pazifistischem Inhalt vor. In all diesen Fällen leistet die Berufsgruppe der Bibliothekare und deren Organisation, die ALA, nicht nur keinen Widerstand sondern folgte willig den von Regierung und Militär gemachten Vorgaben.

Das Wisconsin Library Bulletin schrieb 1918: „All questionable material must be eliminated“. Forrest Spaulding, Direktor der Des Moines Public Library und heute als einer der Initiatoren der *Library Bill of Rights* angesehen, teilte dem

---

<sup>10</sup> Wiegand (1989)



Verteidigungsministerium mit, dass von ihm „heimlich“ 60 verdächtige Titel aus den Regalen entfernt wurden und in der Missouri Valley Public Library wurden gar alle pro-deutschen und pazifistischen Titel verbrannt<sup>11</sup>.

Ein *Army Index* der Bücher, die in Kasernen erlaubt waren, wurde als Empfehlungsliste für öffentliche Bibliotheken im ganzen Land akzeptiert<sup>12</sup>.

### *Zweiter Weltkrieg*

Der Zweite Weltkrieg wurde von führenden Bibliothekaren wiederum als Gelegenheit gesehen, Bibliotheken als besonders patriotische Einrichtungen in der Öffentlichkeit darzustellen. Fünf Tage nach den Angriffen auf Pearl Harbor, und damit dem Eintritt der USA in den Krieg, veröffentlichte die ALA eine Deklaration, die alle Bibliotheken aufforderte, ein „war information center“ zu werden.

1942 wurde eine Order vom Kriegsminister Henry Stimson an die ALA herausgegeben, die wieder einmal alle Bibliotheken aufforderte, sensibles Material aus den Regalen zu entfernen und Nutzer, die nach dieser Literatur fragen, den Behörden zu melden. Dieser Befehl wurde von den kontaktierten Bibliotheken geflissentlich befolgt. Einrichtungen, die die Order nicht erhalten hatten, beschwerten sich darüber, ausgelassen worden zu sein.

Das Office for Facts and Figures, eine Propagandabehörde während des Krieges, forderte gar Bibliothekare dazu auf, Nutzer der Bibliothek zu belauschen. Es ging hierbei allerdings eher darum, einen Eindruck von der Stimmung in der Bevölkerung zu bekommen, also nicht, einzelne Personen anzuzeigen.

Wie der größte Teil der Bevölkerung auch, unterstützten ALA und Bibliotheken den Krieg als Kampf von Gut gegen Böse und nahmen dabei eine Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte in Kauf.<sup>13</sup> Auch wenn im *ALA Code of Ethics* von 1939 bereits zu lesen ist: „It is the librarians obligation to treat as confidential any private information obtained through contact with library patrons“, sahen Bibliothekare dies als Luxus für Friedenszeiten an.<sup>14</sup>

---

<sup>11</sup> Wiegand (1999)

<sup>12</sup> Wiegand (1989)

<sup>13</sup> Becker (2003)

<sup>14</sup> Starr (2004)

### *Kalter Krieg*

Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich das Verhältnis der ALA zu Freiheitsrechten der Bürger.

Während der so genannten McCarthy Ära wurden diese Rechte im Namen der nationalen Sicherheit wiederum eingeschränkt. Bibliotheksbestände wurden wieder, diesmal von Sowjet-freundlicher, Literatur „gesäubert“, schnell erweiterte sich dies auf „anti-amerikanische“ Materialien. Bibliothekare hatten Loyalitätsprüfungen über sich ergehen zu lassen, musste sich gegen mächtige Bürgerinitiativen zur Zensur der Bestände zur Wehr setzen, das Komitee für Un-Amerikanische Aktivitäten beschuldigte die Library of Congress, Ausländer und auslandsfreundliche Amerikaner „zu beherbergen“.<sup>15</sup>

Trotzdem wurden vom ALA Council im Jahre 1948 eine überarbeitete, verschärfte Form der *Library Bill of Rights* angenommen, bei der Jahrestagung 1948 war intellektuelle Freiheit ein Haupttagungspunkt.

Gemeinsam mit dem American Book Publishers Council verabschiedete die ALA 1953 die Freedom to Read Erklärung, in der man sich gegen jegliche Zensur von Bibliotheksbeständen aussprach und die Freiheit, sich ohne Einschränkungen zu informieren, als grundlegende demokratische Freiheit deklarierte.

Ein Fall welcher später Schlagzeilen machte, war das Library Awareness Program des FBI in den 80er Jahren. Am 18. September 1987 berichtete die *New York Times* auf ihrer Titelseite über den Besuch von FBI Agenten in der Universitätsbibliothek der Columbia University. Die FBI Mitarbeiterinnen forderten eine bibliothekarische Hilfskraft auf, über Aktivitäten von Ausländern, speziell aus dem Ostblock, Bericht zu erstatten. Dies wurde von der dienst habenden Bibliothekarin zufällig mitgehört, der Bibliotheksleiterin mitgeteilt und war der Beginn der Aufdeckung eines geheimen Programms des FBI zur Beobachtung von Bibliotheksnutzern. Die Geschichte erregte viel Aufsehen weit über Bibliothekskreise hinaus.

Das ALA Committee on Intellectual Freedom (IFC) forderte in seinem *Newsletter on Intellectual Freedom* Bibliotheken auf, ähnliche Vorgänge zu melden und verfasste eine Report über Aktivitäten des FBI.

---

<sup>15</sup> Robbins (1994)

Spätere Untersuchungen zeigten, dass das Programm bereits 1973 installiert, dann unterbrochen und ab 1985 wieder weitergeführt wurde. Auch behauptete das FBI, es beschränke die Untersuchungen auf den New Yorker Großraum, doch die informelle Umfrage des IFC zeigte, dass auch Bibliotheken in anderen Bundesstaaten Ziel der Aktivitäten waren.

Mit Hinweis auf verschiedene Erklärungen der ALA zum Schutze persönlicher Daten, wie zum Beispiel die zur *Confidentiality of Library Records* von 1971 oder das *Statement on Professional Ethics* von 1981 wurde die Sorge zum Ausdruck gebracht, dass das Eindringen in die Privatsphäre ohne richterlichen Beschluss eine Verletzung des Ersten Verfassungszusatzes zum Recht auf freie Information darstellt.<sup>16</sup>

Es kam zu vielen öffentlichen Diskussionen über das FBI Programm. Vertreter der ALA diskutierten im Fernsehen und Radio mit Vertretern des FBI, es fanden Anhörungen im Repräsentantenhaus statt, die Medien berichtet ausführlich.

Das FBI argumentierte, dass sowjetische Spione sich in öffentlich zugänglichen Bibliotheken Material beschafften, welches zwar nicht geheim, aber dennoch sensibel wäre. Bibliothekare wurden aufgefordert, Nutzern mit fremdem Akzent oder Namen den Zugang zu verweigern oder dem FBI zu berichten, wenn diese Nutzer nach solcherart Material fragen. In der Öffentlichkeit wurde das Programm als wichtig für die nationale Sicherheit verteidigt.

Im Oktober 1989 übergab das FBI Dokumente (deren Herausgabe durch den Freedom of Information Act eingefordert wurde), die zeigten, dass das FBI hinter jeglicher Kritik an ihrem Vorgehen eine Einflussnahme der Sowjetunion vermutete. Dies löste erklärlicherweise großen Unmut aus. Noch viel größer war aber der Zorn auf das FBI, als auch aus den Dokumenten hervorging, dass Bibliothekare und Vertreter der ALA, die sich weigerten, beim Library Awareness Program mitzumachen bzw. sich öffentlich dagegen äußerten, überprüft und dass Karteien über sie angelegt wurden.

Trotz vieler Proteste gegen das Programm hielt das FBI daran fest. Da die Begründung dafür die nationale Sicherheit war und nicht das Ausspionieren der Bibliotheksbenutzer, schien einen Gang zum Verfassungsgericht nicht sehr aussichtsreich zu sein.

Stattdessen wandten sich die Bibliotheken an die jeweiligen Bundesstaaten. Das Recht der Bundesstaaten konnte zwar Bundesbehörden nicht vorschreiben, was sie zu

---

<sup>16</sup> Text der relevanten Verfassungszusätze im Anhang

tun haben und was nicht, doch konnte es den Bibliotheken verbieten, Nutzerdaten herauszugeben. 48 Bundesstaaten<sup>17</sup> erließen daraufhin Gesetze zum Schutz von persönlichen Daten in Bibliotheken, welche auch heute noch in Kraft sind, aber durch den PATRIOT Act quasi überschrieben wurden.

Die ALA und hier besonders das Office for Intellectual Freedom setzten sich in diesem Falle vehement für das Recht auf freie Nutzung der Bibliotheken und für die Unverletzlichkeit der Privatsphäre des Nutzers ein. Gleichzeitig wirkte man auch einer indirekten Zensur, einer verdeckten Klassifikation von eigentlich nicht geheimer Literatur entgegen.

Herbert N. Foerstel, der sich als Bibliothekar in Maryland während dieser Konfrontation mit dem FBI sehr engagierte, hat in seinem Buch *Surveillance in the Stacks* (1988) über das Library Awareness Programm geschrieben und viele, viele Einzelheiten dazu zusammengetragen.

---

<sup>17</sup> Kentucky und Hawaii haben Richtlinien für den Generalstaatsanwalt, die ähnlichen Schutz bieten.

#### 4. Die American Library Association und der USA PATRIOT Act

Das Engagement der American Library Association gegen den USA PATRIOT Act gründet sich auf verschiedenste Erklärungen und Grundsatzprogramme, die unter anderem den Schutz von Nutzerdaten beinhalten. Die Wichtigsten seien hier kurz vorgestellt.

##### *Code of Ethics for Librarians*<sup>18</sup>

Wie bereits erwähnt, wurde beim Midwinter Meeting der ALA im Jahre 1939 ein *Code of Ethics for Librarians* angenommen, der folgende Beziehungen des Bibliothekars innerhalb der Gesellschaft regelt:

- I. Relation of the Librarian to the Governing Authority
- II. Relation of the Librarian to His Constituency
- III. Relations of the Librarian Within His Library
- IV. Relation of the Librarian to His Profession
- V. Relation of the Librarian to Society

Unter Punkt II wird der Paragraph 11 angeführt, der besagt:

„It is the librarian's obligation to treat as confidential any private information obtained through contact with library patrons.“

Dies ist sehr eindeutig und eine frühe Erwähnung, dass Nutzerdaten schützenswert sind.

Der *Code of Ethics* wurde im *Statement on Professional Ethics* von 1975<sup>19</sup> und 1981<sup>20</sup> praktisch bestätigt und weitergeführt.

---

<sup>18</sup>

<http://www.ala.org/Template.cfm?Section=coehistory&Template=/ContentManagement/ContentDisplay.cfm&ContentID=8875> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

<sup>19</sup>

<http://www.ala.org/Template.cfm?Section=coehistory&Template=/ContentManagement/ContentDisplay.cfm&ContentID=8883> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

<sup>20</sup>

<http://www.ala.org/Template.cfm?Section=coehistory&Template=/ContentManagement/ContentDisplay.cfm&ContentID=91924> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

### *Library Bill of Rights*<sup>21</sup>

Ein weiteres wichtiges ALA Dokument ist die *Library Bill of Rights*. Diese Erklärung wurde 1948 angenommen, 1961 und 1980 ergänzt und 1996 noch einmal vom ALA Council bestätigt.

Dieses Dokument enthält einige Punkte, die nicht nur sehr progressiv für die damalige Zeit waren sondern auch bei Beginn der McCarthy Ära recht mutig. In einer Zeit, in der man in den USA gerade begann, hinter jeder abweichenden Meinung kommunistisches Gedankengut zu vermuten, war es durchaus nicht alltäglich in ein Dokument Paragraphen aufzunehmen wie

„The American Library Association affirms that all libraries are forums for information and ideas, and that the following basic policies should guide their services.

- I. Books and other library resources should be provided for the interest, information, and enlightenment of all people of the community the library serves. Materials should not be excluded because of the origin, background, or views of those contributing in their creation.
- II. Libraries should provide materials and information presenting all points of view on current and historical issues. Materials should not be proscribed or removed because of partisan or doctrinal disapproval.
- III. Libraries should challenge censorship in the fulfillment of their responsibility to provide information and enlightenment.
- IV. Libraries should cooperate with all persons and groups concerned with resisting abridgment of free expression and free access to ideas.
- V. A person's right to use a library should not be denied or abridged because of origin, age, background, or views.
- VI. Libraries which make exhibit spaces and meeting rooms available to the public they serve should make such facilities available on an equitable basis, regardless of the beliefs or affiliations of individuals or groups requesting their use.”

Wichtige Punkte, die ihre Aktualität bis heute nicht verloren haben, werden hier genannt. Damals wie heute setzt sich die ALA dafür ein, dass Bibliotheken in ihrem

---

<sup>21</sup> <http://www.ala.org/ala/oif/statementspols/statementsif/librarybillrights.htm> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

Bestand nicht nur die Positionen der Träger widerspiegeln sondern alle Standpunkte repräsentieren. Der Kampf gegen Zensur in den Bibliotheken spielte damals wie heute eine große Rolle innerhalb der Aktivitäten der ALA.

Die Vertraulichkeit persönlicher Daten wird hier nicht explizit genannt ist aber in Paragraph IV enthalten.

In einem weiter unten aufgeführten Dokument, genannt *Privacy: An Interpretation of the Library Bill of Rights*, wird dies deutlich gemacht.

### *Policy on Confidentiality of Library Records*<sup>22</sup>

Dieses Strategiepapier wurde bereits 1971 angenommen, 1975 und 1986 revidiert und verstärkt noch einmal die bereits im *Code of Ethics* genannte Wichtigkeit der Vertraulichkeit von Nutzerdaten:

1. ... adopt a policy that specifically recognizes its circulation records and other records identifying the names of library users to be confidential.
2. Advise all librarians and library employees that such records shall not be made available to any agency of state, federal, or local government except pursuant to such process, order or subpoena as may be authorized under the authority of, and pursuant to, federal, state, or local law ...
3. Resist the issuance of enforcement of any such process, order, or subpoena until such time as a proper showing of good cause has been made in a court of competent jurisdiction.

Erwähnenswert ist hier, dass man ausdrücklich bemerkt, bei gerechtfertigten Durchsuchungen oder Beschlagnahmungen mit dem FBI, Polizei, etc. zusammenzuarbeiten.

---

22

<http://www.ala.org/Template.cfm?Section=otherpolicies&Template=/ContentManagement/ContentDisplay.cfm&ContentID=13084> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

### *Policy on Governmental Intimidation*<sup>23</sup>

Dies ist ein sehr kurzes Dokument aus dem Jahr 1973 (ergänzt 1981 und bestätigt 2004), welches besagt, dass die ALA Einschüchterungsversuchen durch Behörden entschieden entgegen tritt und zum Widerstand dagegen ermutigt.

### *Policy Concerning Confidentiality of Personally Identifiable Information About Library Users*<sup>24</sup>

Dieses Papier wurde im Juli 1991 angenommen, als Reaktion auf das bereits erwähnte Library Awareness Program des FBI. Im Juni 2004 wurde es ergänzt. Man nimmt nun Bezug auf die oben genannte Schrift *Privacy: An Interpretation of the Library Bill of Rights* und zitiert den zweiten Absatz derselben:

„In a library (physical or virtual), the right to privacy is the right to open inquiry without having the subject of one's interest examined or scrutinized by others. Confidentiality exists when a library is in possession of personally identifiable information about users and keeps that information private on their behalf.”

Es wird wiederum darauf hingewiesen, dass der Erste Verfassungszusatz zur freien Meinungsäußerung auch die Privatheit einschließt. Ist diese nicht gewährt, werden sich Nutzer nicht mehr frei äußern oder informieren wollen, findet eine Einschüchterung statt.

Es wird aber auch ausdrücklich erwähnt, dass

„The American judicial system provides the mechanism for seeking release of such confidential records: a court order, following a showing of *good cause* based on *specific facts*, by a court of competent jurisdiction.“ [Hervorhebung im Originaltext]

Da sich die Schrift ursprünglich auf das Library Awareness Programm bezog, wird ebenfalls festgestellt, dass nicht geheime Dokumente und Informationen jedem Bibliotheksbenutzer, sei er Amerikaner oder Ausländer, zur Verfügung stehen sollen und nicht ohne Grund von der Benutzung gesperrt werden. Dieser Passus wurde in der Ergänzung 2004 beibehalten, da auch die Bush-Regierung immer wieder versucht,

---

<sup>23</sup>

<http://www.ala.org/Template.cfm?Section=otherpolicies&Template=/ContentManagement/ContentDisplay.cfm&ContentID=72134> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

<sup>24</sup>

<http://www.ala.org/Template.cfm?Section=otherpolicies&Template=/ContentManagement/ContentDisplay.cfm&ContentID=78178> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)



Dokumente, die eigentlich bisher frei zugänglich waren, zurückzuhalten und den Zugang zu erschweren.

Neu ist der Begriff „Personal Identifiable Information (PII)“, der sich seitdem allgemein eingebürgert hat. PII umfasst nicht mehr nur Name und Adresse einer Person sondern auch, welche Internetseiten er besucht hat, was mit der Kreditkarte gekauft wurde oder eben, was in der Bibliothek mit dem Leseausweis ausgeliehen wurde. Mit all diesen Informationen lassen sich persönliche Profile erstellen, die der gezielten Werbung dienen können, aber auch für Geheimdienste oder Polizei interessant sind.

*Privacy: An Interpretation of the Library Bill of Rights*<sup>25</sup>

Dieses bereits zweimal genannte Dokument wurde 2002 vom ALA Council angenommen.

Hier wird noch einmal der Standpunkt der ALA in Bezug auf Schutz von persönlichen Daten basierend auf der *Library Bill of Rights* deutlich gemacht.

„When users recognize or fear that their privacy or confidentiality is compromised, true freedom of inquiry no longer exists.“

Es wird festgestellt, dass Bibliotheken, um ihre Funktion ausüben zu können, Nutzerinformationen erhalten und bis zu einem gewissen Grade speichern müssen.

Aber:

„Regardless of the technology used, everyone who collects or accesses personally identifiable information in any format has a legal and ethical obligation to protect confidentiality.“

Und es wird geschlossen:

„The American Library Association affirms that rights of privacy are necessary for intellectual freedom and are fundamental to the ethics and practice of librarianship.“

Weiterhin enthält das Dokument zahlreiche Hinweise auf andere ALA Dokumente und auf Gerichtsurteile, welche die Auffassung der ALA bestätigen.

---

25

<http://www.ala.org/Template.cfm?Section=interpretations&Template=/ContentManagement/ContentDisplay.cfm&ContentID=132904> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

## *Resolutionen*

Die genannten Strategiepapiere und Grundsatzprogramme (die selbstverständlich alle auf der ALA Webseite vorhanden und mehrfach miteinander verlinkt sind) bilden die Basis für das Engagement der ALA in Sachen persönlicher Datenschutz.

Sich auf diese Veröffentlichungen berufend, wurden und werden von der ALA und ihren Unterorganisationen verschiedene Resolutionen verfasst und veröffentlicht.

Auch hier sei noch einmal erwähnt, dass der Schutz der Nutzerdaten nur ein Bereich ist, in dem die ALA aktiv ist. Bezogen auf den PATRIOT Act sind es außerdem vor allem der Zugang zu Regierungs- und Ministeriumsdokumenten.

Diese Resolutionen werden an den Präsidenten der USA geschickt, an den Justizminister, die Repräsentanten in beiden Häusern des Kongresses, an Bibliotheken und natürlich an die Medien.

Bereits im Januar 2002, also knapp drei Monate nach Verabschiedung des PATRIOT Act, zu einer Zeit, als das Land noch traumatisiert war und viele Menschen der Regierung durchaus alle Vollmachten zur Terrorbekämpfung geben wollen, wurde eine erste Resolution verabschiedet, die *Resolution Reaffirming the Principles of Intellectual Freedom in the Aftermath of Terrorist Attacks*.<sup>26</sup>

Diese Resolution wurde mit folgenden Worten von Benjamin Franklin eingeleitet:

„They that give up essential liberty to obtain a little temporary safety deserve neither liberty nor safety.“<sup>27</sup>

Es werden einige der oben genannten ALA Dokumente zitiert und unter anderem ermutigt die ALA „... libraries and their staff to protect the privacy and confidentiality of the people’s lawful use of the library, its equipment, and its resources ...“

Weiterhin spricht die ALA sich hier gegen Zensur der Medien aus und ebenso gegen das Zurückhalten von Informationen.

Eine weitere *Resolution on the USA PATRIOT Act and Related Measures That Infringe on the Rights of Library Users*<sup>28</sup> wird beim ALA Midwinter Meeting im

---

<sup>26</sup>

<http://www.ala.org/Template.cfm?Section=ifresolutions&Template=/ContentManagement/ContentDisplay.cfm&ContentID=78173> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

<sup>27</sup> Laut Wikiquote ([http://en.wikiquote.org/wiki/Benjamin\\_Franklin](http://en.wikiquote.org/wiki/Benjamin_Franklin)) ist es nicht völlig sicher, dass dieser Satz wirklich von Benjamin Franklin stammt, er wird aber allgemein, eben auch von der ALA, Franklin zugeschrieben.

Januar 2003 beschlossen. Nach einem Jahr PATRIOT Act war Zeit, diesen gründlich zu studieren und auf seine Relevanz für Bibliotheken und deren Nutzer zu untersuchen. Die Resolution fällt deshalb auch wesentlich deutlicher aus:

„The USA PATRIOT Act and other recently enacted laws, regulations, and guidelines increase the likelihood that the activities of library users, including their use of computers to browse the Web or access e-mail, may be under government surveillance without their knowledge or consent.”

“The American Library Association encourages all librarians, library administrators, library governing bodies, and library advocates to educate their users, staff, and communities about the process for compliance with the USA PATRIOT Act and other related measures and about the dangers to individual privacy and the confidentiality of library records resulting from those measures.”

“The American Library Association urges librarians everywhere to defend and support user privacy and free and open access to knowledge and information.”

“The American Library Association will work with other organizations, as appropriate, to protect the rights of inquiry and free expression.”

“The American Library Association will take actions as appropriate to obtain and publicize information about the surveillance of libraries and library users by law enforcement agencies and to assess the impact on library users and their communities.”

“The American Library Association urges all libraries to adopt and implement patron privacy and record retention policies ...”

“The American Library Association considers sections of the USA PATRIOT Act are a present danger to the constitutional rights and privacy rights of library users ...”

Hier zeigen sich bereits deutlich die verschiedenen Strategien, welche die ALA im Widerstand gegen den PATRIOT Act verfolgt. Neben der Sorge um den Datenschutz wird die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen erwähnt, es wird den Bibliotheken geraten, sich Richtlinien für den Umgang mit persönlichen Daten

zuzulegen, es wird dazu aufgefordert, Bibliotheksnutzer und eine breite Öffentlichkeit über die Provisionen des PATRIOT Act zu informieren. Und es wird angekündigt, die Anwendung des Gesetzes in Bibliotheken zu beobachten, zu publizieren und auf den Einfluss auf Nutzer hin einzuschätzen.

Ein Jahr später in San Diego wurde die *Resolution on Proposed Amendments to the USA PATRIOT Act*<sup>29</sup> verabschiedet. Diese reagiert auf in den Kongress eingebrachte Vorschläge zur Ergänzung des PATRIOT Act. Einige dieser vorgeschlagenen Ergänzungen sollten den Bedenken der Bibliotheken und deren Nutzern gerecht werden, andere hätten den PATRIOT Act weiter verschärft. In ihrer Resolution unterstützt die ALA selbstverständliche erstere und spricht sich gegen letztere aus. Es werden hier auch ausdrücklich die in den einzelnen Bundesstaaten geltenden Gesetze zum Schutz der Nutzerdaten erwähnt.

„... all states and the District of Columbia protect the confidentiality of library records, ..“

Auch die Jahresversammlung 2005 in Chicago hatte eine *Resolution on the USA PATRIOT Act and Libraries*<sup>30</sup> zur Folge. Hier wird man noch konkreter. Die Resolution bezieht sich auf die Paragraphen 215 und 505 sowie auf im Kongress eingebrachte Vorlagen, die diese Paragraphen in Hinblick auf Bibliotheken einschränken sollen.

Wiederum wird gefordert, dass der Kongress handelt und dass die Öffentlichkeit über die Auswirkungen des PATRIOT Act informiert wird.

Erwähnenswert in dieser Resolution wäre noch, dass es am Anfang heißt:

„... For over half a century the American Library Association has actively sought to protect the Americans freedom to read and receive information without the threat of surveillance ...“

Indirekt erwähnt man hier, dass die ALA in Sachen Bürgerrechte erst nach dem Zweiten Weltkrieg die Organisation wurde, die sie heute ist.

---

<sup>29</sup> <http://www.ala.org/ala/oif/statementspols/ifresolutions/amendmentsusapatriotact.htm> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

<sup>30</sup> <http://www.ala.org/Template.cfm?Section=ifresolutions&Template=/ContentManagement/ContentDisplay.cfm&ContentID=101514> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

Schließlich, Januar 2006 beim Midwinter Meeting San Antonio, reagierte man auf die anstehende Erneuerung des PATRIOT Act mit der *Resolution on the USA PATRIOT Act Reauthorization*<sup>31</sup>.

Hier wird noch einmal die Position der ALA in Bezug auf die bibliotheksrelevanten Passagen des Gesetzes deutlich gemacht und Abgeordnete in Senat und Repräsentantenhaus werden eindringlich aufgefordert, diese Paragraphen abzuschwächen und eine Kontrollierbarkeit hinzuzufügen.

Doch die ALA beschränkt sich natürlich nicht nur auf Resolutionen, Strategiepapiere und Stellungnahmen sondern ist auch Plattform für Information und Aktion.

### *Online-Angebot*

In einer sehr großen Anzahl von Einzelseiten werden dem Besucher der ALA Webseite Information zum USA PATRIOT Act und zum Datenschutz zur Verfügung gestellt<sup>32</sup>. Das reicht vom vollen Gesetzestext über Links zu Interpretationen (extern und intern) sowie zu all den in diesem Kapitel bereits genannten Dokumenten.

Besonders die Seiten des Public Information Office ([www.ala.org/ala/pio](http://www.ala.org/ala/pio)), des Office for Intellectual Freedom ([www.ala.org/ala/iof](http://www.ala.org/ala/iof)) und des Washington Office ([www.ala.org/ala/washoff](http://www.ala.org/ala/washoff)) der ALA bieten zahllose PDFs und Links für den Bibliothekar, der sich über den PATRIOT Act und die Aktionen der ALA informieren will. Durch die vielen Querverweise und Verlinkungen weiß man allerdings manchmal nicht, wo man sich jetzt eigentlich befindet und der sicherste Weg zurück ist oftmals nur der „Zurück“-Button des Internet-Browsers.

### *Guidelines*

Neben Informationen über den PATRIOT Act selbst wird den Bibliotheken auch ganz konkret beim Umgang mit demselben Hilfestellung gegeben.

---

<sup>31</sup>

<http://www.ala.org/Template.cfm?Section=ifresolutions&Template=/ContentManagement/ContentDisplay.cfm&ContentID=114304> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

<sup>32</sup> Selbstverständlich beschränkt sich das Onlineangebot der ALA nicht darauf sondern bietet auch umfassende Informationen zu einer Vielzahl anderer bibliotheksrelevanten Themen.

Ein recht ausführliches Dokument sind die *Guidelines for Developing a Library Privacy Policy*<sup>33</sup>. Hier wird über die Rechtslage informiert, es werden Hinweise, zugeschnitten auf den Bibliothekstyp (wissenschaftliche, öffentliche, Schulbibliotheken) gegeben, viele Internetadressen der ALA und anderer, sich mit Datenschutz befassenden Organisation sind zu finden und Links zu Bibliotheken, die Richtlinien und Verordnungen zum Datenschutz bereits eingeführt haben.

Ein ebenfalls umfangreiches Frage-und-Antwort Dokument steht zur Verfügung, *Questions and Answers on Privacy and Confidentiality*<sup>34</sup>, das sich mit ganz praktischen Problemen im Bibliotheksalltag in Bezug auf Datenschutz beschäftigt.

Ganz wichtig für den Bibliotheksalltag sind sicher Ratschläge zum Verhalten, wenn das FBI „anklopft“. Die *Guidelines for Librarians on the U.S.A. PATRIOT Act: What to do before, during and after a „knock at the door?“*<sup>35</sup> wollen Hinweise geben, betonen aber auch ausdrücklich, dass es sich hierbei nicht um „Rechtsberatung“ handelt.

Beim „Vorher“ geht es um folgende Punkte:

- Consult your legal counsel
- Review your policies
- Train your staff

„Während“ eines Besuchs des FBI:

- Follow Your policies
- Consult your local legal counsel
- Document your costs

Und schließlich „Danach“:

- Consult your legal counsel
- Follow up

---

<sup>33</sup>

<http://www.ala.org/ala/oif/ifttoolkits/toolkitsprivacy/guidelinesfordevelopinglibraryprivacypolicy/guidelinesprivacypolicy.htm> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

<sup>34</sup>

<http://www.ala.org/ala/oif/statementspols/statementsif/interpretations/qandaonprivacyandconfidentiality.pdf> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

<sup>35</sup> <http://www.ala.org/ala/washoff/woissues/civilliberties/theusapatriotact/patstep.pdf> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

Detaillierter und ganz praxisbezogen gibt das Papier *Confidentiality and Coping with Law Enforcement Inquiries: Guidelines for the Library and its Staff*<sup>36</sup> Ratschläge zum Verhalten bei Besuchen des FBI. Wann muss ich Folge leisten? Was sind meine Rechte, was meine Pflichten als Bibliotheksmitarbeiter? Was sind die Rechte und Pflichten des FBI Mitarbeiters? Welche Anfragen könnten gestellt werden?

Im Dezember 2002 fand eine Telekonferenz, gesponsert unter anderem von der ALA, zum Thema Schutz von Nutzerdaten und PATRIOT Act statt. Die zweistündige Podiumsdiskussion mit Bibliothekaren und Rechtsexperten wurde aufgezeichnet und ist als Video unter dem Titel *Safeguarding our Patron's Privacy: What Every Librarian Needs to Know About the USA PATRIOT Act & Related Anti-Terrorism Measures* veröffentlicht. Bibliotheken wird empfohlen, dieses Video den Mitarbeitern vorzuführen und diese dadurch mit der Problematik vertraut zu machen und auszubilden.

Überhaupt legt die ALA in ihren Empfehlungen und Guidelines immer wieder großen Wert auf die Ausbildung des Bibliothekspersonals, denn nur geschulte Mitarbeiter können professionell auf einen Besuch des FBI reagieren.

#### *Aktionen*

Gemeinsam mit anderen Organisationen wurde und wird die ALA immer wieder vor allem gegen Paragraph 215 des PATRIOT Act aktiv.

So wurde beispielsweise die *Campaign for Reader Privacy*<sup>37</sup> gemeinsam mit der American Booksellers Association, der Association of American Publishers und dem PEN American Center ins Leben gerufen. Auf ihrer Webseite bietet die Kampagne ebenfalls Informationen zum PATRIOT Act, Nachrichten zum Thema und initiierte eine Petition zum Schutze von Nutzerdaten. Diese Petition ist an den Kongress gerichtet und fordert diesen auf, den PATRIOT Act abzuändern, um diesen Schutz zu gewährleisten. 200,000 Unterschriften wurden gesammelt und dem Kongress übergeben.

---

<sup>36</sup> <http://www.ala.org/ala/oif/ifissues/guidelineslibrary041905.pdf> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

<sup>37</sup> <http://www.readerprivacy.org/about.jsp> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

In einer Mitteilung im Februar 2004 fordert die ALA ihre Mitglieder auf, dem Office for Intellectual Freedom über Erfahrungen mit Besuchen des FBI zu berichten<sup>38</sup>. Ziel war es, einen Überblick über die Aktivitäten des FBI zu bekommen und diese Erfahrungen durch AlterNet<sup>39</sup>, einen alternativen Newsservice publizieren zu lassen.

Mit der Aktion *Take Action!*<sup>40</sup> werden die ALA Mitglieder aufgefordert, sich an ihren Abgeordneten in Washington zu wenden und diese aufzufordern, sich für bibliotheksrelevante Belange einzusetzen. Die Palette reicht von PATRIOT Act über Copyright-Fragen bis hin zur Finanzierung von Bibliotheken. Der Besucher der Webseite wird nach Eingabe seiner Postleitzahl zu Seiten der Repräsentanten geführt, welche voller Informationen über die Person sind, einschließlich Kontaktmöglichkeiten.

Als ein FBI Memo an die Öffentlichkeit gelangte, worin man sich über die Aktivitäten der „radikalen und militanten Bibliothekare“ beschwerte, wurde ein Anstecker kreiert, der für zwei Dollar von der ALA zu erwerben ist und sich großer Beliebtheit erfreut.

“In recognition of the efforts of librarians to help raise awareness of the overreaching aspects of the USA PATRIOT Act, the American Library Association (ALA) Office for Intellectual Freedom (OIF) is offering librarians an opportunity to proudly proclaim their "radical" and "militant" support for intellectual freedom, privacy, and civil liberties.<sup>41</sup>”

---

<sup>38</sup>

<http://www.ala.org/Template.cfm?Section=issuesrelatedlinks&Template=/ContentManagement/ContentDisplay.cfm&ContentID=78056> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

<sup>39</sup> <http://www.alternet.org/> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

<sup>40</sup> <http://www.ala.org/ala/issues/takeaction/takeaction.htm> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

<sup>41</sup> <http://www.ala.org/Template.cfm?Section=basicrelatedlinks&Template=/ContentManagement/ContentDisplay.cfm&ContentID=122715> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)





Unabhängig von der ALA sind außerdem die Progressive Librarians Guild<sup>42</sup>, die Union Librarians<sup>43</sup> oder die Librarians against Bush<sup>44</sup> aktiv im Kampf um den Schutz von Nutzerdaten.

#### *Der Bibliothekar vor Ort*

Wie setzt nun der Bibliothekar vor Ort die ALA Politik um, wie reagiert er oder sie auf den PATRIOT Act?

June Pinnell-Stephens, Bibliothekarin an der Noel Wien Public Library in Fairbanks, Alaska, und aktives ALA Mitglied erzählte mir in einem Gespräch, dass das Hauptaugenmerk auf der Information der Bibliotheksbenutzer liegt. So werden in der Bibliothek Flyer ausgelegt, die über den PATRIOT Act informieren, die Hinweise geben, wie man seine Privatheit schützen kann und wo man sich weitergehend informieren kann.

Das Bibliothekspersonal wird geschult, um Nutzern kompetent Auskunft zu geben. Im Falle eines Besuchs vom FBI wissen die Mitarbeiter, wie sie sich verhalten sollen, die Bibliothek hat Richtlinien dazu eingeführt.

In anderen Bibliotheken ging man noch weiter und brachte beispielsweise Schilder an, die Auskunft darüber gaben, dass das FBI heute *nicht* in der Bibliothek war. Leser und Mitarbeiter wussten, wenn das Schild entfernt ist, hat ein Besuch stattgefunden.<sup>45</sup>

---

<sup>42</sup> <http://libr.org/> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

<sup>43</sup> <http://unionlibrarian.blogspot.com/> (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

<sup>44</sup> <http://www.librariansagainstbush.org/mission.html> (diese Webseite scheint allerdings nicht mehr weitergeführt zu werden) (zuletzt aufgerufen 16.6.2007)

<sup>45</sup> Foerstel (2004), S. 79

Eine gewitzte Idee, das gesetzliche Redeverbod zu umgehen und trotzdem zu informieren.

Wieder andere Einrichtungen führten Nutzerdaten, die noch in Papierform aufbewahrt wurden, dem Schredder zu.<sup>46</sup>

Die meisten Bibliotheken haben mittlerweile auch Richtlinien zum Umgang mit personenbezogenen Daten eingeführt (vielfach war dies allerdings schon vor Einführung des PATRIOT Act der Fall). So werden diese Daten, die heutzutage fast immer nur elektronisch vorliegen, wieder gelöscht, wenn sie für den Bibliotheksablauf nicht mehr notwendig sind. Ausleihdaten, Anmeldungen für die Nutzung eines Bibliothekscomputers oder das Anmieten eines Raumes werden nach Beendigung des Vorgangs gelöscht.

---

<sup>46</sup> Murphy (2003)

## **5. Doe v. Gonzales**

Die folgenden Seiten sollen davon berichten, wie vier Bibliothekare die Statements der ALA Ernst nahmen und gegen die Anwendung des PATRIOT Act in ihrer Bibliothek vor Gericht zogen.

Am 9. August 2005 reichte eine ungenannt Bibliothek, vertreten durch die American Civil Liberties Union (ACLU), Klage beim Bezirksgericht Bridgeport, Conn., gegen das Justizministerium der USA ein. Grund der Klage war ein National Security Letter des FBI mit welchem die Bibliothek zur Herausgabe von Nutzerdaten, gemäß Sektion 505 des USA PATRIOT Act, aufgefordert wurde.

Wegen einer im National Security Letter enthaltenen so genannten Gag Order (Redeverbot), autorisiert durch den USA PATRIOT Act, durften weder die Identität der Bibliothek öffentlich gemacht werden, noch das Datum der Anforderung, die Natur des angeforderten Materials oder andere Details den Fall betreffend.

Die Kläger sahen darin eine Verletzung des ersten (Recht auf freie Meinungsäußerung), vierten (Schutz vor staatlichen Übergriffen) und fünften (Auskunftsverweigerungsrecht) Zusatzartikels der US Verfassung. Sie forderten eine Aufhebung des Zwanges, der FBI-Aufforderung nachzukommen, eine Verbot der Anwendung von Sektion 505 des PATRIOT Acts, Immunität vor den im PATRIOT Act autorisierten Strafen sowie die Aufhebung des Redeverbots, um an der öffentlichen Debatte über die Erneuerung des PATRIOT Acts, die gerade begonnen hatte, teilnehmen zu können.

Besonderer Schwerpunkt wurde vom Kläger während des gesamten Verfahrens auf das Redeverbot gelegt. Einer der Gründe, die American Civil Liberties Union hinzuzuziehen war, dass die Bibliothek selbst nicht offen als Kläger auftreten konnte, was ja eine Verletzung des Redeverbots bedeutet und mögliche Strafen, bis hin zur Haft, hätte nach sich ziehen können.

In späteren öffentlichen Stellungnahmen berichteten die Kläger immer wieder von ihrer Frustration, ansehen zu müssen wie das Justizministerium in Interviews und Presseerklärungen leugnete, ein Interesse an Bibliotheksdaten zu haben oder diese

anzufordern. Gleichzeitig war es aber Bibliotheken, die zur Herausgaben eben solcher Daten aufgefordert wurden, verboten, darüber zu reden.

Am 31.8.2005 fand eine Eilanhörung durch Richterin Janet C. Hall beim Bezirksgericht in Bridgeport, Conn., statt. Es war erwartet worden, dass diese Anhörung hinter verschlossenen Türen stattfinden wird, doch die Richterin entschied, dass die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen werden sollte. Aufgrund des Redeverbotes durften die Kläger allerdings nicht selbst auftreten sondern bekamen die Möglichkeit, die Anhörung im Gerichtsgebäude des 30 Meilen entfernten Hartford, Conn., per Videoübertragung mitzuverfolgen. Um den anonymen Kläger überhaupt ansprechen zu können, wurde ihm der Name „John Doe“ gegeben. Richterin Hall ordnete außerdem an, dass verschiedene bisher unter Verschluss gehaltene Dokumente veröffentlicht werden müssen, wenn auch mit (von Justizministerium) geschwärzten Passagen.

Die *New York Times* berichtete am 2.9.2005<sup>47</sup> über den Fall und hatte offensichtlich auch die veröffentlichten Dokumente sorgfältig studiert. So war in einer eidesstattlichen Erklärung eines der Kläger z.B. zu lesen, dass Bibliothekskonsortien „staff expertise, training, consultation, troubleshooting and customization services“ zur Verfügung stellen. Passagen, wie sie so wörtlich auf der Homepage eines Konsortiums namens „Library Connection“ in Windsor, Conn., zu finden sind. Weiterhin war zu erfahren, dass einer der klagenden Bibliothekare sich mit seinem Exekutivkomitee beraten hatte – von den vier Bibliothekskonsortien in Connecticut hat nur Library Connection ein solches Komitee.

Library Connection ist ein Bibliothekskonsortium, dass im Raum Hartford, Conn., 26 öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken umfasst.

Somit war eigentlich klar, um wen es sich bei „John Doe“ handelte, doch da das Redeverbot weiterhin in Kraft und auch durch das Justizministerium als für die nationale Sicherheit notwendig verteidigt wurde, wollten sich weder die American Civil Liberties Union noch Mitglieder von Library Connection zu dem *New York Times* Artikel äußern.

---

<sup>47</sup> Cowan (2005)

Richterin Janet C. Hall hob am 9.9.2005 das über „John Doe“ verhängte Redeverbot als verfassungswidrig auf. Allerdings wurde dieses Urteil bis zum 20.9.2005 außer Kraft gesetzt, um dem Justizministerium Gelegenheit zu geben, in Berufung zu gehen. In der Begründung zum Urteil hieß es, dass das Redeverbot eine Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung darstellt, dass es der Bibliothek verbietet, an der Debatte über der Erneuerung des PATRIOT Acts teilzunehmen. Das Justizministerium hatte argumentiert, dies wäre nicht der Fall, die Bibliothek könne durchaus mitreden, dürfe eben nur nicht berichten, dass das FBI Nutzerdaten angefordert hatte, ja dass es überhaupt einen Kontakt mit dem FBI gegeben hatte.

Nach diesem Urteil reichte das Justizministerium am 16.9.2005 Berufung ein mit dem Ziel, das Urteil bis auf Weiteres auszusetzen. Dies wurde von drei Richtern des zuständigen Berufungsgerichtes für den Zweiten Gerichtskreis in New York am 20.9.2005 gewährt mit der Begründung, dass für eine Berufung ein angemessener Zeitraum zur Verfügung stehen sollte.

In einem Eilantrag wandte sich die American Civil Liberties Union am 3.10.2005 an das Verfassungsgericht der USA mit dem Ziel, die „ungenannte“ Bibliothek endlich öffentlich reden zu lassen. Durch die Artikel in der *New York Times*, welche die Identität von „John Doe“ bereits preisgegeben hatte, war das Redeverbot eigentlich hinfällig, ja geradezu absurd geworden. Die American Library Association, die Freedom to Read Foundation, die Association of American Publishers und die American Booksellers Foundation for Free Expression unterstützten diesen Antrag.

Verfassungsrichterin Ruth Bader Ginsburg lehnte den Antrag am 7.10.2005 ab. In ihrer Begründung gab sie an, dass das Berufungsgericht eine Anhörung durchführen wird und sie nicht in dieses Verfahren eingreifen möchte. Da mit der ursprünglichen Entscheidung des Bezirksgerichtes auch ein vom Kongress verabschiedetes Gesetz betroffen ist, wäre außerdem äußerste Sorgfalt geboten.

Am 2.11.2005 fand eine Anhörung vor dem Berufungsgericht für den Zweiten Gerichtskreis in New York statt, bei der die Richter besonders die Unbegrenztheit des

Redeverbotes kritisierten. Ein Urteil wurde nicht gesprochen, die Aussetzung des Urteils der ersten Instanz blieb bestehen.

Diese Aussetzung wurde auch weiterhin vom Justizministerium verteidigt. Die *New York Times* hatte nach eigenen Angaben bereits sechs mal in ihrer Berichterstattung die Identität „John Does“ enthüllt, auch andere Medien hatten die Story übernommen, jeder an dem Fall interessierte Leser wusste, um wen es sich dabei handelte. Vertreter des Justizministerium antworteten auf Anfragen, dass es jedoch um mehr als diesen Fall gehen würde, man diesen nicht isoliert betrachten dürfe. Das Redeverbot müsse aus Gründen der nationalen Sicherheit beibehalten werden.

Die Anwälte „John Does“ legten dem Gericht noch weiter Unterlagen vor, unter anderem die *New York Times* Artikel, um eine Aufhebung des Redeverbots zu erreichen. Doch das Justizministerium argumentierte, dass 1.) niemand in Connecticut die *New York Times* lese und 2.) laut Umfragen 58% der Bevölkerung ohnehin nicht glaube, was in den Zeitungen steht.<sup>48</sup>

Dies führte zu absurden Situationen. „John Doe“ wurde im Dezember 2005 mit dem Robert B. Downs Intellectual Freedom Award ausgezeichnet, der von der Graduate School of Library and Information Science an der University of Illinois Urbana-Champaign verliehen wird. Die Überreichung des Preises fand am 21.1.2006 beim ALA Midwinter Meeting in San Antonio statt. Da im Grunde jeder wusste, wer „John Doe“ war, diese das aber nicht öffentlich zugeben durften, vermieden es die Kläger George Christian, der geschäftsführende Direktor von Library Connection, und Peter Chase, der Vizepräsident des Beirats, überhaupt zu der Veranstaltung zu erscheinen. Bei der Überreichung eines weiteren Preises während eines Meetings der Connecticut Library Association war eine Mitklägerin als Zuschauerin im Saal anwesend und sprach später von dem merkwürdigen Gefühl, an stehenden Ovationen für sich selbst teilnehmen zu müssen, nur um sich nicht zu erkennen zu geben.

Am 9.3.2006 wurde der erneuerte PATRIOT Act, dessen Verabschiedung im Kongress zweimal verschoben worden war, von Präsident Bush unterzeichnet.

---

<sup>48</sup> Christian (2007)

Am 12.4.2006 gab das Justizministerium bekannt, dass keine Einwände mehr bestünden, die Identität der Bibliothekare preiszugeben und über den Besuch des FBI zu berichten. Die ACLU feierte dies als Sieg der Redefreiheit.

In der Begründung des Justizministeriums hieß es, dass der erneuerte PATRIOT Act einen Passus enthalte, der es erlaube, das Redeverbot aufzuheben (was ein „vorher durften wir ja nicht“ suggerierte). Der damalige ALA Präsident Michael Gorman nannte den Zeitpunkt „highly suspicious, coming merely a month after the reauthorization of the USA PATRIOT Act.“<sup>49</sup>

Nachdem alle schriftlichen Formalitäten bei den Gerichten erledigt waren, traten am 30.5.2006 die Kläger Barbara Bailey, Bibliothekarin in Glastonbury, Janet Nocek, Bibliothekarin in Portland gemeinsam mit Peter Chase und George Christian an die Öffentlichkeit. Sie berichteten in einer Pressekonferenz im Hauptbüro der ACLU in New York über den Fall aus ihrer Sicht.

Am 22.6.2006 gab dann das Justizministerium die Genehmigung, dass die „Connecticut Four“, wie sie nun in den Medien oft genannt wurden, auch über die Daten, die ursprünglich von FBI angefordert wurden, sprechen durften. Die Untersuchung des FBI wäre abgeschlossen. Interessant vielleicht noch, zu bemerken, dass die fraglichen Daten alle Personen betrafen, die in einem 45 Minuten Zeitraum an einem bestimmten Tag in einer der Konsortiumsbibliotheken an einem bestimmten Computer ein E-Mail-Programm genutzt hatten.

Schließlich ordnete Verfassungsrichterin Ginsburg am 2.8.2006 an, dass die Gerichtspapiere den Fall Doe v. Gonzales betreffend, veröffentlicht werden sollen. Die ACLU setzte etliche davon auf ihre Webseite, wo die Dokumente als PDF angesehen oder herunter geladen werden können.

Die vier Bibliothekare werden seit dem immer wieder zu den verschiedensten Veranstaltungen geladen, um über ihre Erfahrungen zu sprechen. Sie berichten in Podiumsdiskussionen, in Radio-, Fernseh- und Zeitungsinterviews von ihren Erlebnissen und weisen immer wieder darauf hin, dass sie nun frei sprechen können,

---

<sup>49</sup> American Libraries Online 14.4.2006

da sie der FBI Aufforderung Widerstand entgegengesetzt haben. Doch niemand weiß, wie viele Bibliotheken National Security Letters erhalten haben und ihre Nutzerdaten preisgeben mussten, ohne darüber reden zu dürfen.

Nach den Kongresswahlen im November 2006, in dem die Demokraten die Mehrheit in beiden Häusern errungen haben, begannen nun Anhörungen und Untersuchungen, die verschiedenste Themen, die Bush-Regierung betreffend, behandeln.

George Christian wurde zu einer Anhörung des Senate Judiciary Subcommittee on the Constitution, Civil Rights and Property Rights am 11.4.2007 (Responding to The Inspector General's Findings of Improper Use of National Security Letters by the FBI) geladen, wo er als Vertreter der ALA ausführlich über seine Erlebnisse berichtete.

Neben der Geschichte „John Does“, die ihn ganz persönlich betraf, sprach er auch in Vertretung der ALA über die Besorgnis, die in den Bibliotheken der USA in Bezug auf den PATRIOT Act vorhanden ist.

„We believe that terrorists win when fear of them induces us to destroy the rights that make our country free.“<sup>50</sup>

Die American Civil Liberties Union wird die vier Bibliothekare zur ALA Jahrestagung 2007 in Seattle mit der Roger Baldwin Medal of Liberty ehren.

Die Präsidentin der ACLU Nadine Strossen sagte:

„The ACLU's progress in fighting back against the PATRIOT Act and other repressive policies since 9/11 has been fueled and inspired by the individual acts of courage of ordinary Americans. We are proud to honor these brave individuals who stood up at a critical moment in history and truly made a difference.“<sup>51</sup>

Anmerkung: Bei der Zusammenstellung dieses Kapitels habe ich vor allem Artikel der *New York Times* als Quelle genutzt. Die Chronologie der Ereignisse ist aber ebenfalls

---

<sup>50</sup> Christian (2007)

<sup>51</sup> <http://www.aclu.org/about/30137prs20070615.html> (zuletzt aufgerufen 18.6.2007)



ausführlich auf den Webseiten der American Library Association, der American Civil Liberties Union, des *Chronicle for Higher Education* und mehreren überregionalen Tageszeitungen dokumentiert.

## 6. „The Conservative Librarian“

Betrachtet man sich die Arbeit und das Engagement der ALA, kommt man zu dem Schluss, dass es sich bei dieser Organisation um einen sehr liberalen, demokratisch ausgerichteten Verband handelt.

Stellt sich die Frage, ob wirklich alle Bibliothekare mit der Arbeit der ALA und der „Macher“ innerhalb derselben, einverstanden sind. Bibliothekare und Bibliothekarinnen sind ja nicht nur diesem Berufsstand zugehörig sondern haben auch eine Privatmeinung zum politischen Zeitgeschehen. Sind die Bibliothekare der USA nun alle liberal und demokratisch eingestellt?

Das mag sicher für die Mehrheit zutreffen. In den USA sind z.B. auch im akademischen Bereich mehr Wähler der Demokraten zu finden, während man beim Militär vorrangig republikanisch wählt. Bibliothekare scheinen da vorrangig dem demokratischen Lager anzugehören.

Der konservative Kolumnist David Brooks von der *New York Times*<sup>52</sup> berichtete in einem seiner Kommentare über das Spendenaufkommen für politische Kampagnen in verschiedenen Berufsgruppen. Danach gaben Bibliothekare im Jahre 2004 223 mal soviel Geld für John Kerrys Kampagne aus als für die George W. Bushs. Bei den Akademikern war das Verhältnis 11 zu 1, bei Schriftstellern 36 zu 1 und bei Journalisten 93 zu 1.

Die Daten bezog er von PolitcalMoneyLine, einer unabhängigen Agentur, die Spenden für politische Kampagnen erfasst und detailliert auflistet.

In einem Artikel des *Chronicle for Higher Education* allerdings beschwerte sich der Bibliothekar David Durant von der East Carolina University darüber, dass die ALA zu parteilich sei, zu sehr dem Lager der Demokraten angehöre. Der Aufsatz mit dem Titel „The Loneliness of the Conservative Librarian“, will zeigen, dass es auch im Bibliotheksbereich Menschen gibt, die der Politik G.W.Bushs zustimmen, die den PATRIOT Act für leider notwendig und richtig halten, die der Meinung sind, bürgerliche Freiheitsrechte seien ein Luxus für Friedenszeiten, im „Krieg gegen den Terror“ müsse man zurückstecken.

---

<sup>52</sup> Brooks (2004)

Durant beschwert sich darüber, dass auf Zusammenkünften von Bibliothekaren, in E-Mail-Listen und in persönlichen Gesprächen mit Kollegen und Kolleginnen von vornherein angenommen wird, man wäre gegen alles, was von der Bush-Regierung beschlossen wird. Outet man sich als Konservativer oder will dagegen argumentieren, wird man sehr schnell geschnitten, als jemand angesehen, der nicht dazu gehört. Er nennt dies „the left-wing orthodoxy of modern American librarianship“<sup>53</sup>.

Als Beispiel nennt er, abgesehen von seinen persönlichen Erfahrungen, die Jahrestagung 2004 der ALA in Orlando, Fla. Veranstaltet im Sommer vor den Präsidentschaftswahlen wurden als Sprecher von außerhalb die Radiomoderatorin Amy Goodman (eine der führenden Aktivistinnen gegen die Bush-Regierung), Richard A. Clarke (ein früheres Mitglied der Bush-Regierung, der jetzt zu ihren schärfsten Kritikern zählt) sowie andere den Demokraten zuzurechnende Personen eingeladen. In einer Benefizveranstaltung wurde Michael Moore`s Film *Fahrenheit 9/11* gezeigt.

Die Bibliothekarin Whitney Davison-Turley vom University of Kansas Medical Center berichtete in einem Kommentar in *American Libraries*<sup>54</sup> von ihrer Erfahrung bei dieser Konferenz. Etwas frustriert darüber, dass eine Diskussion über den ALA Strategic Plan sehr kurz gefasst wurde, weil zwei Resolutionen diskutiert wurden, die nicht unbedingt bibliotheksspezifisch waren (eine gegen die Anwendung von Folter und eine für einen sofortigen Truppen-Abzug aus dem Irak), griff sie zum Mikrofon, um darauf hinzuweisen, dass es ALA Mitglieder geben mag, die diese Resolutionen so nicht unterstützen würden. Davison-Turley selbst erklärte sich zwar mit dem Inhalt der Resolutionen einverstanden sah aber eine Meinungsvielfalt nicht mehr gegeben. Eine nachfolgende Sprecherin aus Ohio fand ganz einfach, dass diese Resolutionen eigentlich nichts auf einer Tagung einer Berufsorganisation zu suchen hätten. Beide Beiträge wurden scharf kritisiert, es wurde Davison-Turley gar unterstellt, da sie nicht für die Resolution sein, müsse sie zwangsläufig Folter gutheißen. Ihr Punkt war aber, dass eine Organisation, die Redefreiheit und Meinungsvielfalt propagiert, dies selbstverständlich auch in ihren eigenen Reihen erlauben muss.

---

<sup>53</sup> Durant (2005)

<sup>54</sup> Davison-Turley (2004)

Kent Oliver, Vorsitzender des ALA Intellectual Freedom Committee, schreibt dazu in einem Beitrag in *Ohio Libraries*:

„Certainly, none of us want people tortured or war waged, but ALA is not a playground for ideological ventures without direct bearing on our profession. From a practical viewpoint, it is dangerous for our association's non-profit status<sup>55</sup>. If ALA becomes identified with a particular set of politics, it ceases to be a professional association and will be viewed otherwise. ...

As we flirt with legitimizing the practice of adopting stances peripheral to our core values we obliterate our political effectiveness for real library issues. ... [ALA] cannot run the risk of being viewed by the public at large primarily as only a liberal social political association. We jeopardize our ability to effectively lobby for non-partisan library issues if we become viewed as anything other than the world's largest professional library association.<sup>56</sup>“

Als Organisation, die Interessen von Bibliotheken und Bibliothekaren vertritt, sollte man sich primär um Dinge wie Gehälter, Finanzierung von Bibliotheken, Copyright Standards, Weiterbildung, aber auch intellektuelle Freiheit kümmern.

In meinem Gespräch mit June Pinell-Stephens, habe ich in Bezug auf den USA PATRIOT Act gefragt, ob denn alle Bibliothekare der USA geschlossen gegen dieses Gesetz sind. Sie antwortete mir, dass es durchaus Bibliothekare, vor allem in ländlichen Regionen und in so genannten „red states“ (Bundesstaaten, die vorrangig republikanisch wählen) gibt, die gegen den PATRIOT Act im Prinzip nichts einzuwenden haben. Wer nichts zu verbergen hat, muss auch keine Überprüfung bzw. Durchsuchung fürchten, heißt es dort.

Man mag sich auch provokativ die Frage stellen, ob die Geheimhaltung von Nutzerdaten in einer öffentlich zugänglichen Bibliothek überhaupt ein so großes Gewicht hat oder ob es im Kampf um die persönlichen Daten von Bibliothekbenutzern nicht eher um das Prinzip geht.

---

<sup>55</sup> Ein Non-Profit Status auf Bundesebene ist verbunden mit Steuerbefreiung und der Möglichkeit, Spenden zu empfangen, die der Spender steuerlich absetzen kann, hat also auch ganz konkrete finanzielle Vorteile. Gleichzeitig ist aber einer Non-Profit Organisation untersagt, politisch tätig zu werden, wenn dies die unmittelbaren Interessen der Organisation überschreitet.

<sup>56</sup> Oliver (2004)

Im Zeitalter des Online-Shopping, in dem Amazon, Netflix (der größte Online-DVD-Verleih) oder eben Google maßgeschneiderte Werbung, basierend auf Kauf- oder Surfverhalten, serviert, ist ja bereits eine große Menge an persönlichen Daten irgendwo im Cyberspace vorhanden. Auch wenn diese natürlich vertraulich sind und nicht weitergegeben werden dürfen, ist das Vertrauen der Bürger in diese Tatsache nicht sehr groß.

So ging beispielsweise ein Aufschrei durch die Medien als die Tageszeitung *USA Today* im Mai 2006 berichtete, dass die National Security Agency (NSA) heimlich Millionen Nutzer-Daten von Telefon-Gesellschaften angefordert und erhalten hat, um damit eine riesige Datenbank aller Gespräche in den USA anzulegen<sup>57</sup>. Die Aufregung darüber hat sich nach einigen Statements von Politikern relativ schnell wieder gelegt, ohne dass sich irgendetwas geändert hätte. Umfragen zeigten, dass sogar ein großer Teil der Befragten, keine Einwände dagegen hatten, da es ja hierbei um Terrorbekämpfung ginge.

Stephen Territo hat in seiner Masterarbeit<sup>58</sup> eine weitere Umfrage von Estabrook analysiert<sup>59</sup>, um herauszufinden, wieweit Bibliotheksbenutzer und Bibliothekare vor Ort eigentlich besorgt über die Herausgabe von persönlichen Nutzerdaten sind. Obwohl sich 64% aller Amerikaner Sorgen um den Schutz persönlicher Daten machen und glauben, dass dieser Schutz nach dem 11. September gefährdet ist, haben nur 7% aller Nutzer in den von Estabrook befragten Bibliotheken dort Besorgnis über ihre Nutzerdaten geäußert. Die Umfrage wurde nicht sehr lange nach der Verabschiedung des PATRIOT Act durchgeführt, man kann davon ausgehen, dass noch nicht viele Nutzer von den Auswirkungen des PATRIOT Act auf Bibliotheken wussten. Die Kampagnen von Bürgerrechtsorganisation oder der ALA hatten gerade erst begonnen.

---

<sup>57</sup> USA Today 11.5.2006 online

<sup>58</sup> Territo (2004)

<sup>59</sup> Estabrook (2003). Diese Umfrage wurde in 679 Bibliotheken in Illinois durchgeführt.

## 7. Schlussbemerkung und Ausblick

In den Richtlinien und Strategiepapieren der American Library Association sowie in ihrem selbst gestellten Auftrag nimmt seit Ende des Zweiten Weltkrieges der Schutz von Nutzerdaten einen wichtigen Platz ein.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass sich die ALA nach Verabschiedung des PATRIOT Acts für eine Abänderung desselben einsetzt. Dieses Engagement hat zu einer Situation geführt, in der die ALA in Opposition zur offiziellen Regierungspolitik steht. Dabei liegt sie auf einer Linie mit einer größer werdende Anzahl von Bürgern, Organisationen, und Abgeordneten, die sich immer mehr bewusst werden, wie sehr der USA PATRIOT Act in das tägliche Leben der Amerikaner eingreift und die besonders in den USA so hoch geschätzten Freiheitsrechte untergräbt.

Am 9.3.2007 berichtete die *Washington Post*<sup>60</sup> über eine interne Untersuchung des FBI, bei der festgestellt wurde, dass von der Behörde Fehler bei der Sammlung von Daten gemacht wurden. Fehler, die teilweise einen eindeutigen Rechtsbruch darstellen.

So wurden mit Hilfe von National Security Letters Daten gesammelt, die gar nicht unter dieses Gesetz fallen.

Es wurde auch berichtet, dass die Anwendung von NSL enorm angestiegen sei. Von 39,000 Fällen im Jahre 2003 auf 56,000 2004.

In wieweit Bibliotheken davon betroffen waren, konnte nicht gesagt werden. Aber die ALA reagierte bereits mit der Verurteilung dieser Machtüberschreitung.

Zwar gelobe das FBI Besserung, führte neue striktere Regelungen für die Mitarbeiter ein, doch bleibt abzuwarten in wieweit man sich an diese hält. Das Redeverbot, welches mit einem NSL oder einer Beschlagnahmegenehmigung per PATRIOT Act verbunden ist, verhindert effektiv, dass jeder Besuch von der betroffenen Bibliothek öffentlich gemacht wird.

Nicht jeder Bibliothekar hat die Courage der „Connecticut Four“.

---

<sup>60</sup> Solomon (2007)

Die demokratische Mehrheit in Kongress und Senat wird weiterhin Untersuchungen durchführen, Anhörungen anberaumen und versuchen, dem „Schnüffelstaat“ Einhalt zu gebieten. Bibliothekare werden in diesen Abgeordneten Verbündete finden, die sich für die Bewahrung der bürgerlichen Freiheitsrechte stark machen.

Doch bis zu einem Machtwechsel im Weissen Haus und wohl auch darüber hinaus werden sich die amerikanische Bibliothekare dafür einsetzen müssen, dass

„libraries in the United States ... contribute to a future that values and protects freedom of speech in a world that celebrates both our similarities and our differences, respects individuals and their beliefs, and holds all persons truly equal and free.“<sup>61</sup>

---

<sup>61</sup> Libraries: An American Value

## **Anhänge**

### **Anhang 1**

#### **Die im Text erwähnten Zusatzartikel der US Verfassung**

##### **Amendment 1 - Freedom of Religion, Press, Expression.** Ratified 12/15/1791.

Congress shall make no law respecting an establishment of religion, or prohibiting the free exercise thereof; or abridging the freedom of speech, or of the press; or the right of the people peaceably to assemble, and to petition the Government for a redress of grievances.

##### **Amendment 4 - Search and Seizure.** Ratified 12/15/1791.

The right of the people to be secure in their persons, houses, papers, and effects, against unreasonable searches and seizures, shall not be violated, and no Warrants shall issue, but upon probable cause, supported by Oath or affirmation, and particularly describing the place to be searched, and the persons or things to be seized.

##### **Amendment 5 - Trial and Punishment, Compensation for Takings.** Ratified 12/15/1791.

No person shall be held to answer for a capital, or otherwise infamous crime, unless on a presentment or indictment of a Grand Jury, except in cases arising in the land or naval forces, or in the Militia, when in actual service in time of War or public danger; nor shall any person be subject for the same offense to be twice put in jeopardy of life or limb; nor shall be compelled in any criminal case to be a witness against himself, nor be deprived of life, liberty, or property, without due process of law; nor shall private property be taken for public use, without just compensation.



## Literaturverzeichnis

Adams, Helen R. and others. *Privacy in the 21<sup>st</sup> Century: Issues for Public, School, and Academic Libraries*. Westport: Libraries Unlimited, 2005

Alterman, Eric. "While You Were Out Reading." *AlterNet*, 23.6.2005.  
<http://www.alternet.org/rights/22297/> (zuletzt aufgerufen 17.6.2007)

*American Libraries Online*, "Government Drops Appeal in Connecticut Patriot Act Case," 14.4.2006

American Library Association, Office for Intellectual Freedom. *Intellectual Freedom Manual*. 7<sup>th</sup> ed. Chicago: American Library Association, 2006

Anderton, Frank A. "Patriot in the Library: A Brief History of American Librarians and Intellectual Freedom, Viewed in the Context of Literature, Law, and the USA PATRIOT Act." Master's Thesis, University of Oklahoma, Graduate School, 2004

Antieau, Kim. "Personal Voices: A Hysterical Librarian." *AlterNet*, 13.2.2004.  
<http://www.alternet.org/rights/17845/> (zuletzt aufgerufen 17.6.2007)

Arnold, Laurence. "U.S. Libraries, Challenging FBI, Shape Debate on Patriot Act." *Bloomberg.com*, 20.6.2005.  
[http://www.bloomberg.com/apps/news?pid=10000103&sid=aaukulguf7\\_k&refer=us](http://www.bloomberg.com/apps/news?pid=10000103&sid=aaukulguf7_k&refer=us)  
(zuletzt aufgerufen 17.6.2007)

Becker, Patti C. "In the Time of War." *American Libraries* 34, no. 5 (2003): 54-57

Braml, Josef. "Rule of Law or Dictates by Fear: A German Perspective on American Civil Liberties in the War Against Terrorism." *The Fletcher Forum of World Affairs* 27, no. 2 (2003): 115-140

Brasch, Walter M. *America's Unpatriotic Acts: The Federal Government's Violation of Constitutional and Civil Rights*. New York: Peter Lang, 2005

Brooks, David. "Ruling Class War." *New York Times*, 11.9.2004, A15

Cauley, Leslie "NSA Has Massive Database of Americans' Phone calls." *USA Today*, 11.5.2006, [http://www.usatoday.com/news/washington/2006-05-10-nsa\\_x.htm](http://www.usatoday.com/news/washington/2006-05-10-nsa_x.htm)  
(zuletzt aufgerufen 17.6.2007)

Christian, George. *Testimony for the Record to the Senate Judiciary Subcommittee on the Constitution, Civil Rights and Property Rights: Hearing, April 11, 2007*  
<http://www.ala.org/ala/washoff/woissues/civil liberties/theusapatriotact/usapatriotact.cfm#current> (zuletzt aufgerufen 17.6.2007)

Cole, David. "Enemy Aliens and American Freedoms." *The Nation* 275, no. 9 (2002): 20-26

- Cowan, Alison Leigh. "At Stake in Court: Using the Patriot Act to Get Library Records." *New York Times*, 1.9.2005, B1
- Cowan, Alison Leigh. "Hartford Libraries Watch as U.S. Makes Demands." *New York Times*, 2.9.2005, B5
- Cowan, Alison Leigh. "Connecticut Librarians See Lack of Oversight as Biggest Danger in Antiterror Law." *New York Times*, 3.9.2005, B5
- Cowan, Alison Leigh. "Librarians Must Stay Silent In Patriot Act Suit, Court Says." *New York Times*, 21.9.2005, B2
- Cowan, Alison Leigh. "A Court Fight to Keep a Secret That's Long Been Revealed." *New York Times*, 18.11.2005, B1
- Cowan, Alison Leigh. "Librarian Is Still John Doe, Despite Patriot Act Revision." *New York Times*, 21.3.2006, B3
- Cowan, Alison Leigh. "Four Librarians Finally Break Silence in Record Case." *New York Times*, 31.5.2006, B3
- Coyle, Karen. "Make Sure You Are Privacy Literate." *Library Journal* 127, no. 16 (2002): 55-57
- Davison-Turley, Whitney. "On My Mind: Differing Opinions Need Not Apply." *American Libraries* 35, no. 8 (2004): 33
- Doyle, Charles. *Libraries and the USA PATRIOT Act*. CRS Report for Congress RS21441. Washington, DC: Congressional Information Service, Library of Congress, 2005. <http://www.fas.org/sgp/crs/intel/RS21441.pdf> (zuletzt aufgerufen 17.6.2007)
- Durant, David. "The Loneliness of the Conservative Librarian." *The Chronicle of Higher Education* 52, no. 6 (2005): B12
- Estabrook, Leigh S. *Public libraries' response to the events of September 11, 2001*. Library Research Center, The Graduate School of Library and Information Science, University of Illinois at Urbana-Champaign, 2001. <http://lrc.lis.uiuc.edu/web/911.html> (zuletzt aufgerufen 17.6.2007)
- Estabrook, Leigh S. *Public Libraries and Civil Liberties: A Profession Divided*. Library Research Center, The Graduate School of Library and Information Science, University of Illinois at Urbana-Champaign, 2002. <http://lrc.lis.uiuc.edu/web/PLCL.html> (zuletzt aufgerufen 17.6.2007)
- Estabrook, Leigh S. *The PATRIOT Act and Illinois Libraries*. Library Research Center, The Graduate School of Library and Information Science, University of Illinois at Urbana-Champaign, 2003. <http://lrc.lis.uiuc.edu/web/PA.html> (zuletzt aufgerufen 17.6.2007)

Flanders, Laura. "Librarians Under Siege." *AlterNet*, 25.7.2002.  
<http://www.alternet.org/rights/13676/> (zuletzt aufgerufen 17.6.2007)

Foerstel, Herbert N. *Surveillance in the Stacks: The FBI's Library Awareness Program*. New York: Greenwood Press, 1991

Foerstel, Herbert N. *Refuge of a Scoundrel: The Patriot Act in Libraries*. Westport: Libraries Unlimited, 2004

Gellman, Barton. "The FBI's Secret Scrutiny." *Washington Post*, 6.11.2005, A01

Jaeger, Paul T. and other. "The Impact of the USA Patriot Act on Collection and Analysis of Personal Information Under the Foreign Intelligence Surveillance Act." *Government Information Quarterly* 20 (2003): 295-314

Kunschak, Martin. *Sicherheit oder Freiheit? Terrorismusbekämpfung und persönliche Freiheitsrechte in den USA nach dem 11. September*. Marburg: Tectum Verlag, 2004

Lichtblau, Eric. "U.S. Says It Has Not Used New Library Records Law." *New York Times*, 19.9.2003, A.20

Lichtblau, Eric. "Libraries Say Yes, Officials Do Quiz Them About Users." *New York Times*, 20.6.2005, A11

Lichtblau, Eric. "F.B.I., Using Patriot Act, Demands Library's Records." *New York Times*, 26.8.2005, A11

Luedtke, Helga. "Spuren des 'USA PATRIOT Act' in amerikanischen Bibliotheken". Vortrag, gehalten auf dem BID-Kongress, Leipzig, 20.3.2007. <http://www.opus-bayern.de/bib-info/volltexte/2007/372/> (zuletzt aufgerufen 17.6.2007)

Matthews, Judy, and Richard Wiggins "Libraries, the Internet and September 11." *FirstMonday* 6, no. 12 (2001)  
[http://www.firstmonday.org/issues/issue6\\_12/matthews/index.html](http://www.firstmonday.org/issues/issue6_12/matthews/index.html) (zuletzt aufgerufen 17.6.2007)

McFadden, Robert D. "F.B.I. in New York Asks Librarians' Aid in Reporting on Spies." *New York Times*, 18.9.1987, A1

Minow, Mary. "The USA PATRIOT Act." *Library Journal* 127, no. 16 (2002): 52-55

Minow, Mary, and Tomas A. Lipinski. *The Library's Legal Answer Book*. Chicago: American Library Association, 2003

Murphy, Dean E. "Some Librarians Use Shredder to Show Opposition to New F.B.I. Powers." *New York Times*, 7.4.2003, A12

Nevelow Mart, Susan. "Protecting the Lady From Toledo: Post-USA PATRIOT Act Electronic Surveillance at the Library." *Law Library Journal* 96, no. 3 (2004): 449-473

O'Connor, Anahad. "Librarians Win As U.S. Relents On Secrecy Law." *New York Times*, 13.4.2006, B1

Oliver, Kent. "ALA Council: A Forum for Social Issues?" *Ohio Libraries* 17, no. 4 (2004): 21-22

Pike, George H. "The USA PATRIOT Act and Libraries: A Sensitive Relationship." *Information Today* 22, no. 10 (2005): 1, 38

Pinnell-Stephens, June. "Snooping, Secrecy, and Suspicion: Privacy and Information After 9/11." *The Ester Republic* 5, no. 4 (2003).  
<http://esterrepublic.com/Archives/pinnell1.html> (zuletzt aufgerufen 17.6.2007)

Pinnell-Stephens, June. "Libraries, Privacy, and Government Information After September 11." *PNLA Quarterly* 67, no. 4 (2003): 6-9

Robbins, Louise S. "The Library of Congress and Federal Loyalty Programs, 1947-1956 : 'No Communists or Cocksuckers'." *The Library Quarterly* 64, no. 4 (1994): 365-385

Robbins, Louise S. "Champions of a Cause: American Librarians and the Library Bill of Rights in the 1950s." *Library Trends* 45, no. 1 (1996): 28-49

Seidelin, Susanne, and Stuart Hamilton, eds. *Libraries, National Security, Freedom of Information Laws and the Social Responsibilities*. IFLA/FAIFE World Report Series 5. Copenhagen: The IFLA/FAIFE Office, 2005

Solomon, John, and Baton Gellman. "Frequent Errors in FBI's Secret Record Requests." *Washington Post*, 9.3.2007, A01

Starr, Joan. "Libraries and National Security: A Historical Review." *FirstMonday* 9, no. 12 (2004). [http://www.firstmonday.org/issues/issue9\\_12/starr/index.html](http://www.firstmonday.org/issues/issue9_12/starr/index.html) (zuletzt aufgerufen 17.6.2007)

Susman, Thomas M. and others. *Safeguarding our Patrons' Privacy: What Every Librarian Needs To Know About the USA PATRIOT Act & Related Anti-Terrorism Measures. A Satellite Teleconference*. Videocassette. Washington, DC: American Association of Law Libraries ..., 2002

Territo, Stephen D. "An Examination of American's Concern About the Privacy of Library Records in a Post-September 11, 2001 United States." Master's Thesis, College of Liberal Arts and Sciences, DePaul University, 2004

University of Chicago Press. *The Chicago Manual of Style*. 15<sup>th</sup> ed. Chicago: University of Chicago Press, 2003

Wells, Robert A. "Mobilizing Public Support for War: An Analysis of American Propaganda During World War I." Paper presented at the International Studies Association 2002 Annual Meeting, New Orleans, La., 24-27 March 2002

<http://isanet.ccit.arizona.edu/noarchive/robertwells.html> (zuletzt aufgerufen 17.6.2007)

Wiegand, Wayne A. *“An active instrument for propaganda”: the American Public Library during World War I*. New York: Greenwood Press, 1989

Wiegand, Wayne A. “This Month, 81 Years Ago.” *American Libraries* 30, no. 8 (1999): 99

Yeh, Brian T. and Charles Doyle. *USA PATRIOT Act Improvement and Reauthorization Act of 2005: A Legal Analysis*. CRS Report for Congress RL33332. Washington, DC: Congressional Information Service, Library of Congress, 2006. <http://www.fas.org/sgp/crs/intel/RL33332.pdf> (zuletzt aufgerufen 17.6.2007)

Young, Arthur P. “Books, Libraries, and War.” *ILA Reporter* 20, no. 2 (2002): 1, 10-11